

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

25. Februar 2013

Afghanistan

Neuer UNAMA-Bericht zu zivilen Opfern

In der vergangenen Woche veröffentlichte die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) den Jahresbericht 2012 über zivile Opfer. Deren Zahl beträgt 7.559 Personen. Sie setzt sich aus 2.754 Getöteten und 4.805 Verletzten zusammen. Im Jahr 2011 waren es 7.837 Personen (3.131 Getötete, 4.706 Verletzte). Die Zahl der Todesopfer sank damit gegenüber dem Vorjahr um 12 %, die der Verletzten stieg minimal an. Der Rückgang beruht auf einer Reduzierung der Opferzahlen im ersten Halbjahr 2012. Im zweiten Halbjahr war dagegen ein Anstieg festzustellen: Die Zahl ziviler Opfer war um 13 % höher als im Vergleichszeitraum des Jahres 2011.

Wie in den Jahren zuvor waren auch 2012 die Regierungsgegner für den überwiegenden Anteil der Opfer verantwortlich (2012 für 81 %). Die Zahl der von ihnen getöteten oder verletzten Zivilisten stieg gegenüber 2011 um 9 % an auf 6.131. Rund 40 % dieser Opfer wurden durch Sprengfallen verursacht. Besonders hoch ist die Steigerungsrate von 107 % bei gezielten Anschlägen, bei denen 698 Personen getötet und 397 verletzt wurden. Die Zahl der bei gezielten Angriffen auf Regierungsmitarbeiter Betroffenen stieg sogar um 700 %. Bei 47 Vorfällen wurden 107 Personen getötet und 148 verletzt.

Sicherheitslage

Am 24.02.13 ereigneten sich drei Selbstmordanschläge in Ostafghanistan: In der Stadt Jalalabad (Provinz Nangarhar) explodierte ein mit Sprengstoff beladenes Auto vor einem Gebäude der Sicherheitskräfte. Dabei wurden zwei Wachen getötet und drei verletzt. In der Provinz Logar detonierte ein weiteres mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug an einem Kontrollpunkt der Polizei. Dabei kamen drei Polizisten um. Ebenfalls in der Provinz Logar sprengte sich vor einem Polizeigebäude ein Mann mit einer Sprengstoffweste in die Luft. Ein Polizist wurde verletzt. In der Hauptstadt Kabul konnte nach Angaben der Polizei ein Selbstmordanschlag auf ein Gebäude des Geheimdienstes verhindert werden.

Irak

Sicherheitslage

Es kommt weiterhin zu Anschlägen. So wurden am 19.02.13 bei Anschlägen u.a. in den Provinzen Ninive, Salahaddin und Bagdad mindestens 19 Menschen getötet und 21 verwundet.

Bei Anschlägen in den Provinzen Diyala und Ninive kamen am 20.02.13 drei Menschen ums Leben.

Am 21.02.13 wurden bei Anschlagsserien u.a. in den Provinzen Ninive, Diyala, Salahaddin und Bagdad mindestens 26 Menschen getötet und mehr als 50 verwundet.

In der Nacht zum 22.02.13 wurden bei einem Angriff auf einen Kontrollposten in dem Dorf Halaiwat in der Nähe von Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin) sieben Mitglieder der Sahwa-Miliz getötet.

Am 23.02.13 wurden bei Anschlägen mindestens 16 Menschen getötet und mehr als zehn verletzt. Betroffen waren überwiegend die Provinzen Diyala, Ninive, Salahaddin und Anbar. Unter den Verletzten war auch der Gouverneur der Provinz Diyala.

Am 24.02.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Mosul und Bagdad mindestens fünf Menschen getötet.

Syrien

Gewalt geht weiter

Bei einem Raketenbeschuss von Aleppo wurden am 22.02.13 mindestens 30 Menschen getötet und 150 verletzt. Bei Anschlägen kamen am 21.02.13 in Damaskus mindestens 53 Menschen um, es gab rd. 250 Verletzte. Ein Attentäter hatte eine Autobombe vor dem Sitz der regierenden Baath-Partei gezündet, mindestens zwei weitere koordinierte Anschläge galten Gebäuden der Sicherheitskräfte im nördlichen Stadtteil Barse. Bereits in den vorangegangenen Tagen hatte es Angriffe in Damaskus gegeben, u.a. am 20.02.13 auf eine Kommandozentrale einer Rebellengruppe in Damaskus.

Uno prangert zunehmende Kriegsverbrechen an

Die vom UN-Menschenrechtsrat berufene Syrien-Kommission geht davon aus, dass „weite Teile Syriens Zonen andauernder Kämpfe, mit immer brutaleren Taktiken und immer neuen militärischen Kapazitäten auf allen beteiligten Seiten seien“ und forderte erneut eine strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sowohl den Truppen von Präsident Assad als auch regierungsfeindlichen Gruppierungen werden massive Kriegsverbrechen angelastet: Morde, Folter, Vergewaltigung und Angriffe auf Zivilisten. Im März 2013 soll der UN-Hochkommissarin, Navi Pillay, eine vertrauliche Liste mit Namen und militärischen Einheiten übergeben werden, denen schwere Verbrechen vorgeworfen werden.

Nationale Koalition plant Bildung einer Exilregierung im März 2013

Die Nationale Koalition möchte nach Informationen vom 22.02.13 Anfang März in Istanbul eine Exilregierung bilden, die die Bevölkerung in den an die Türkei angrenzenden, von Regimegegnern kontrollierten Regionen im Norden und Nordwesten („befreite Zonen“) unterstützen soll. Chancen, Ministerpräsident zu werden, soll Assad Mustafa, der frühere Agrarminister unter Hafiz al-Assad, haben.

Opposition will internationale Verhandlungen boykottieren

Die Syrische Nationale Koalition, die seit 21.02.13 in Kairo tagt, gab am 23.02.13 bekannt, dass sie internationale Verhandlungen über die Zukunft Syriens boykottieren wolle. Sie begründete dies mit dem „internationalen Schweigen“ angesichts der anhaltenden Gewalt, die in der Zwischenzeit etwa 70.000 Tote gefordert hat. Davon betroffen ist das für den 28.02.13 geplante Treffen der „Freunde Syriens“, an dem neben mehreren europäischen Außenministern auch der neue amerikanische Außenminister John Kerry teilnehmen will, ein im März geplantes Gespräch mit Vertretern der russischen Regierung sowie ein Treffen in den USA. Der Beschluss weist auf neue Zerwürfnisse innerhalb des oppositionellen Zusammenschlusses hin. Der Vorsitzende Chatib, der vor drei Wochen Gesprächen mit Vertretern des Assad-Regimes zugestimmt hatte, war von liberalen und islamistischen Mitgliedern der Koalition für seine Gesprächsinitiative kritisiert worden.

EU beschließt Verlängerung des Waffenembargos

Die EU-Außenminister beschlossen am 18.02.13, das Waffenembargo gegen Syrien für weitere drei Monate zu verlängern, stellten aber auch eine verstärkte Unterstützung von Oppositionskräften und Zivilbevölkerung in Aussicht.

Israel/Palästinenser

UN-Generalsekretär fordert Respektierung der Rechte inhaftierter Palästinenser

Angesichts des Hungerstreiks in Israel inhaftierter Palästinenser hat UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon Israel aufgefordert, die Rechte der Gefangenen zu achten und zur Beendigung des Konflikts beizutragen. Die Inhaftierten müssten angeklagt und nach internationalen Standards vor Gericht gestellt oder freigelassen werden, so Ban. Er habe Briefe des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und der Arabischen Liga erhalten. Darin warnen die Absender vor einer raschen Verschlechterung der Gesundheit der Hungerstreikenden.

Israel will 346 weitere Siedlerwohnungen bauen

Das israelische Verteidigungsministerium hat dem Bau von 346 neuen Wohnungen in zwei jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland zugestimmt. 200 Wohnungen entfallen auf Tekoa und 146 auf das benachbarte Nokdim (rd. 10 km südlich von Bethlehem). Die siedlungskritische Nichtregierungsorganisation

Schalom Achschaw („Frieden Jetzt“) kritisierte, dass unter der Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu der Siedlungsausbau einen Umfang angenommen habe, wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Allein 2012 sei mit dem Bau von über 1.700 Siedlerwohnungen begonnen und für fast 6.700 Wohneinheiten eine Baugenehmigung erteilt worden, erklärte Schalom Achschaw. Im besetzten Westjordanland leben derzeit rund 340.000 israelische Siedler. Dazu kommen 200.000 Bewohner von Siedlerblöcken im annektierten Ostteil Jerusalems, wo weiterhin 270.000 Palästinenser wohnen.

Lockerung der Gaza-Blockade

Israel und die radikal-islamistische Hamas führen laut einem Bericht des TV-Senders Channel 2 seit einigen Wochen indirekte Verhandlungen über eine mögliche Lockerung der israelischen Gaza-Blockade. Die Gespräche fänden unter ägyptischer Vermittlung statt. Es gehe um die Öffnung des Kontrollpunkts Rafah zwischen Ägypten und dem Gazastreifen für die Lieferung von Baumaterialien aus Qatar. Das Emirat will Millionensummen in Infrastrukturprojekte im Gazastreifen investieren. Auch eine Exporterlaubnis für landwirtschaftliche Produkte aus dem Gazastreifen nach Israel stehe zur Debatte, so der Bericht.

Türkei

Großrazzia gegen DHKP-C

Am 19.02.13 nahm die türkische Polizei bei einer landesweiten Aktion 167 mutmaßliche Mitglieder der linksextremistischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front) fest. Die Verdächtigen wurden nach Berichten türkischer Medien in verschiedenen Städten in insgesamt 28 Provinzen in Gewahrsam genommen. Die Razzien erfolgten hauptsächlich bei der „Bewegung revolutionärer Angestellter“ (DMH), die als Tarnorganisation der DHKP-C angesehen wird. Unter den Festgenommenen waren auch Lehrer, Krankenschwestern und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Die DHKP-C wird von der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft. Sie hatte sich zuletzt im Internet zu dem Selbstmordanschlag auf die amerikanische Botschaft in Ankara am 01.02.13 bekannt, bei dem der Attentäter und ein Wachmann ums Leben kamen.

Öcalan will Waffenruhe der PKK ab März

Nach Berichten türkischer Zeitungen will der inhaftierte Anführer der verbotenen PKK Abdullah Öcalan die Kämpfer seiner Partei zu einer Waffenruhe ab März aufrufen. Türkische Zeitungen meldeten dies heute unter Berufung auf ein Gespräch Öcalans mit drei kurdischen Parlamentsabgeordneten auf der Gefängnisinsel Imrali am 23.02.13. Die PKK-Waffenruhe soll am 21. März beginnen, dem traditionellen kurdischen Frühlingsfest Newroz.

Armenien

Präsident wiedergewählt

Bei den Präsidentschaftswahlen am 18.02.13 ist der bisherige Amtsinhaber Serge Sarkisjan mit knapp 59 % der Stimmen wiedergewählt worden. Auf den zweiten Platz kam Raffi Hovhannesian von der Oppositionspartei „Erbe“ mit knapp 37 % der Stimmen. Die anderen fünf Kandidaten erhielten jeweils zwischen 0,24 und rund zwei Prozent der Wählerstimmen. Die drei wichtigsten Oppositionsparteien Armeniens hatten ihre Teilnahme an der Abstimmung verweigert und keinen Kandidaten aufgestellt. Hovhannesian warf dem Präsidenten Wahlmanipulationen vor. Am 20.02.13 demonstrierten in der Hauptstadt Eriwan Tausende friedlich gegen die Wiederwahl von Präsident Sarkisjan.

OSZE und USA beklagen Verstöße bei den Präsidentschaftswahlen

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat Armenien Fortschritte bei der Durchführung der friedlichen Wahlen, aber auch einen Mangel an Konkurrenz im Wahlkampf bescheinigt. Außerdem kritisierte sie, der Staat habe wie schon bei vorigen Wahlen im Vorfeld Druck auf Staatsbedienstete ausgeübt, den amtierenden Präsidenten zu wählen.

Tunesien

Rücktritt von Ministerpräsident Jebali

Nachdem sich der als gemäßigt geltende Regierungschef Jebali mit seinem Vorschlag, vorläufig eine Regierung nur aus Experten zu bilden, nicht durchsetzen konnte, erklärte er am 19.02.13 seinen Rücktritt. Gegen ein solches Kabinett ohne Politiker sprach sich vor allem Jebalis eigene Partei Ennahdha aus. In den darauf folgenden Tagen zeigten sich führende Vertreter verschiedener Parteien optimistisch und erklärten, dass es schon bald eine neue Regierung geben könnte. Am 22.02.13 wurde der bisherige Innenminister Ali Larajedh mit der Bildung einer neuen Koalitionsregierung beauftragt. Er hat zwei Wochen Zeit, eine neue Regierung zu bilden, der anschließend die Verfassungsgebende Nationalversammlung zustimmen muss.

Ägypten

Parlamentswahlen anberaumt

Per Dekret ordnete Präsident Mursi am 21.02.13 Parlamentswahlen ab Ende April an. Sie sollen insgesamt drei Monate dauern. Die Wähler der 26 Provinzen und der Hauptstadt werden in vier Etappen zu den Urnen gerufen. Den Anfang machen Ende April vier Provinzen sowie Kairo.

Der Oppositionspolitiker und ehemalige Leiter der Atomaufsichtsbehörde der Vereinten Nationen IAEA, Mohamed El Baradei, rief am 24.02.13 zum Boykott der Wahl auf. Er wolle nicht an einem Betrug teilnehmen.

Nach Protest der koptischen Kirche zog Präsident Mursi die einzelnen Wahlgänge um jeweils fünf Tage vor. Die Christen hatten das Zusammenfallen der ersten Phase der Wahl mit den Osterfeierlichkeiten kritisiert.

Eritrea/Ägypten/Israel

Entführungen und Organhandel auf dem Sinai

Erneut wird von Entführungen und Organhandel auf dem Sinai berichtet. Danach werden Flüchtlingen, deren Angehörige keine Lösegelder zahlen können, Organe für Patienten in Kairo entnommen. Es seien gezielt Organe bei Beduinen-Stämmen auf dem Sinai bestellt worden. Betroffen seien vorwiegend Flüchtlinge aus Eritrea, Äthiopien oder Sudan, die mehrheitlich aus den Flüchtlingslagern Mai Aini in Äthiopien und Shagarab im Sudan stammen, die auch die wichtigsten Anlaufstellen für Flüchtlinge aus Eritrea sind.

Israelische Behörden setzen eritreische Flüchtlinge unter Druck

Nach einem Bericht der Jerusalem Post sei eritreischen Flüchtlingen ihre Freilassung aus der Haft in Aussicht gestellt worden, wenn sie sich im Gegenzug bereit erklären, freiwillig in ihr Heimatland zurückzukehren. Alternativ sei ihnen angeboten worden, nach Uganda geflogen zu werden. Uganda hatte erst vor kurzen mehrere eritreische Fußballer, die ein Turnier in Kampala zur Flucht genutzt hatten, als Asylberechtigte anerkannt.

Côte d'Ivoire

Verfahren vor IStGH gegen Ex-Präsident Gbagbo

Am 20.02.13 hat vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag das Vorverfahren gegen den ehemaligen ivoirischen Präsidenten, Laurent Gbagbo, begonnen. Chefanklägerin Fatou Bensouda beschuldigte Gbagbo der Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach der Präsidentenwahl Ende 2010. „Es geht um einen Präsidenten, der den politischen, demokratischen Prozess opferte und sich für Gewalt und Verbrechen entschied, um an der Macht zu bleiben.“ Der 67-Jährige sei für die Ermordung, Vergewaltigung und Verfolgung von Hunderten politischer Gegner verantwortlich, sagte Bensouda. Sie will beweisen, dass Gbagbo die Sicherheitsdienste und Militärs kontrollierte und Befehle für die Gewalttaten gab. Die Unruhen brachen aus, nachdem sich Gbagbo geweigert hatte, seine Niederlage bei den Wahlen im November 2010 anzuerkennen und die Macht an seinen gewählten Nachfolger Alassane Ouattara abzugeben. Mitte April 2011 wurde Gbagbo schließlich verhaftet und im November nach Den Haag überstellt. Es ist das erste Mal, dass sich ein ehemaliges Staatsoberhaupt vor dem IStGH verantworten muss.

Das Gericht muss bei dem bis zum 28. Februar dauernden Vorverfahren entscheiden, ob die Beweise für ein Hauptverfahren ausreichen. Gbagbo selbst darf erst am Ende der Anhörung das Wort ergreifen.

Kritik an Siegerjustiz

Unterdessen wird der ivoirischen Regierung eine „einseitige Justiz“ vorgeworfen. Mehr als 120 Menschen mussten sich wegen Verbrechen während der Machtkämpfe verantworten, „keiner von ihnen gehört zu den pro-Ouattara Kräften“, heißt es z.B. in einem Bericht der Organisation Human Rights Watch. Zwar beschuldigen Menschenrechtsgruppen vor allem die Anhänger Gbagbos schwerer Verbrechen, doch auch Ouattaras Soldaten werden immer wieder Übergriffe zur Last gelegt.

Tansania

Erneut Übergriffe auf Albinos

Albinos werden immer wieder Opfer von Verstümmelungen. So wurde einem siebenjährigen Jungen auf dem offener Straße eine Hand abgehackt. Eine Frau erlitt eine ähnliche Attacke. Im Januar starb ein Albino-Junge, nachdem ihm Angreifer einen Arm abgehackt hatten. Seit dem Jahr 2007 wurden mehr als 60 Albinos brutal verstümmelt oder ermordet, darunter viele Kinder. Albinos gelten in Teilen Afrikas als Glücksbringer und Vorboten von Reichtum. Traditionelle Heiler verwenden deren Körperteile, für die hohe Summen bezahlt werden, bei ihren Ritualen.

In Tansania kommt Pigmentarmut überdurchschnittlich häufig vor. Die Regierung ist bemüht Übergriffe auf Betroffene zu verhindern. So wurde 2009 allen Heilern die Lizenz entzogen und die Bevölkerung zu mehr Wachsamkeit aufgerufen. Auch berief Präsident Jakaya Kikwete in einem symbolischen Akt eine Albino-Frau ins Parlament und Premierminister Mizengo Pinda adoptierte ein Albino-Mädchen. Dennoch fühlen sich die rund 200.000 Albinos noch immer hochgradig gefährdet. Sie wagen sich nachts kaum noch auf die Straße und verbarrikadieren ihre Häuser.

Mali

116 Tote bei Kämpfen im Norden

Bei heftigen Kämpfen im Ifoghas-Gebirge seien neben 93 Aufständischen auch 23 Soldaten aus dem Tschad getötet worden, teilte die tschadische Armee am 24.02.13 mit. Die Extremisten hätten einem Zweig des Terrornetzes al-Qaida und der islamistischen Gruppe Ansar Dine angehört. Das schwer zugängliche Ifoghas-Gebirge an der Grenze zu Algerien wird von den Rebellen als Zuflucht genutzt.

Nach Aussage von Frankreichs Staatschef Hollande wurde ein Fallschirmjäger der französischen Fremdenlegion am 19.02.13 bei Kämpfen im Ifoghas-Gebirge getötet.

Am 20. und 21.02.13 waren in Gao heftige Kämpfe zwischen Extremisten und Streitkräften entbrannt. Dabei kamen nach Angaben malischer Medien mindestens 16 Rebellen ums Leben. Sechs malische Soldaten wurden bei den Gefechten verletzt.

Frankreich hat erklärt, trotz der jüngsten Angriffe wie geplant im März mit dem Abzug seiner Truppen aus Mali zu beginnen.

Erneuter Selbstmordanschlag

Bei einem Anschlag mit Autobomben haben am 22.02.13 zwei Selbstmordattentäter im Nordosten Malis mindestens drei Menschen mit in den Tod gerissen. Der Anschlag in der Ortschaft Inhalil nahe der Stadt Tessalit sei gegen Tuareg-Rebellen und Zivilisten gerichtet gewesen, verlautete aus Kreisen von Tuareg-Rebellen. Demnach explodierten zwei mit Sprengstoff beladene Autos. Mehrere Menschen wurden verletzt, darunter Kämpfer der Tuareg-Gruppe „Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA).

Somalia

Elf Tote in Kismayo

Bei einem Zusammenstoß von Milizen der Clans Marehan und Ogaden, die beide mit der somalischen Regierung verbündet sind, sollen am 23.02.13 in der südsomalischen Hafenstadt Kismayo elf Menschen ums

Leben gekommen sein. Bei drei der Toten soll es sich um unbeteiligte Zivilisten gehandelt haben. Als Ursache wird der Tod eines Clanführers in Polizeihaft und der Versuch seiner Clanmiliz genannt, das Polizeigebäude zu stürmen.

Demonstration gegen al-Shabaab in Puntland

Eine Woche nach der Ermordung eines bekannten Religionsgelehrten in einer Moschee in Garowe demonstrierten im Beisein des puntländischen Präsidenten Abdirahman Mohamed Farole und des Vizepräsidenten Abdisamad Ali Shire am 24.02.13 etwa 20.000 Menschen gegen die radikal-islamistische al-Shabaab.

Einer Presseerklärung der puntländischen Regierung vom 23.02.13 zufolge wurden im Zuge von Sicherheitsoperationen mehrere terroristische Zellen zerschlagen und mehr als 50 Verdächtige festgenommen, darunter Ausländer.

Sudan

50 Zivilisten in Darfur getötet

Arabische Milizangehörige töteten am 23.02.13 durch Maschinengewehrfeuer und Raketenangriffe in der Stadt El-Sireaf nach Angaben des Gouverneurs von Norddarfur 51 Zivilisten und verletzten 62. Der Angriff soll Ausfluss eines Streites zwischen den arabischen Stämmen Rizeigat und Beni Hussein um die Nutzung einer Goldmine im Gebiet von Jebel Amir sein (vgl. BN vom 14. und 21.01.13). In der Stadt El-Sireaf halten sich Tausende Flüchtlinge auf, die wegen Kämpfen zwischen den Stämmen im Januar ihre Heimatorte verlassen haben.

Nigeria

Ansaru bekennt sich zu Anschlag

Am 17.02.13 wurden vier libanesische und drei europäische Beschäftigte der Baufirma Setraco in der nordnigerianischen Kleinstadt Jama'are, Bundesstaat Bauchi, entführt. Hierzu bekannte sich am 18.02.13 die islamistische Gruppe Ansaru („Vorhut zum Schutz der Muslime in Schwarzafrika“). In einer von ihrem mutmaßlichen Anführer Abu Usamatal Ansary unterzeichneten E-Mail wurden als Grund Verstöße und Gräueltaten gegen die Religion Allahs durch europäische Länder an vielen Orten genannt, darunter Afghanistan und Mali.

Zehn Tote bei Überfall im Bundesstaat Plateau

In der Nacht des 21.02.13 überfielen mit Macheten und Gewehren Bewaffnete im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau das Dorf Kogom (Distrikt Vwang, Jos South Local Government Area). Die Bewaffneten, die zum Teil Militäruniformen getragen haben sollen, töteten sechs Erwachsene und vier Kinder. Als Täter werden Hirten der Ethnie der Fulani vermutet.

DR Kongo

Friedensabkommen für die DR Kongo unterzeichnet

Am 24.02.13 haben die Vertreter von elf afrikanischen Staaten der Region der Großen Seen – darunter die DR Kongo, Ruanda und Uganda – in Anwesenheit von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am Sitz der Afrikanischen Union, in Addis Abeba, einen „Rahmenvertrag für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo“ unterzeichnet. Darin verpflichten sich die Staaten zur Zusammenarbeit bei der Lösung der Krise im Kongo, zur Nichteinmischung in die Konflikte der Nachbarländer sowie zur Nichtunterstützung von Rebellengruppen. Kongos Regierung verpflichtet sich zur Reform der Sicherheitskräfte sowie zu Fortschritten bei Dezentralisierung und Demokratisierung.

Von UN-Experten ist Kongos östlichen Nachbarstaaten Ruanda und Uganda wiederholt vorgeworfen worden, die Rebellenbewegung M-23 (Bewegung des 23. März) im Ostkongo zu unterstützen, was beide Staaten abstreiten. Die Vereinbarung gilt als Grundlage, auf der eventuell Ende Februar der UN-Sicherheitsrat über die Stationierung einer neuen regionalen Eingreiftruppe im Kongo entscheiden kann. Für eine solche haben sich Tansania, Mosambik und Südafrika im Rahmen der SADC (Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen

Afrika) bereit erklärt, 4.000 Soldaten in den Ostkongo zur Bekämpfung der Rebellenbewegungen dort zu entsenden. Ob diese SADC-Truppen im Rahmen der im Kongo bestehenden UN-Blauhelmission MONUSCO stationiert werden, ist noch nicht entschieden. Weder die MONUSCO-Truppen noch die kongolesische Armee hatten Ende November 2012 eine elftägige Besetzung von Goma, der Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu, verhindern können.

Kamerun

Französische Urlauber von Bewaffneten entführt

Im Norden Kameruns wurden am 19.02.13 sieben französische Touristen, darunter vier Kinder, von Bewaffneten entführt. Es wird angenommen, dass die Franzosen nach Nigeria verschleppt wurden. Die Boko-Haram-Gruppe bestreitet, etwas mit dieser Entführung zu tun zu haben.

Sri Lanka

Armee soll Gefangene hingerichtet haben

Eine britische TV-Dokumentation erhebt schwere Vorwürfe gegen die sri-lankische Armee. Demnach sollen im Bürgerkrieg, der im Mai 2009 mit der Kapitulation der tamilischen Befreiungsorganisation LTTE endete, Gefangene hingerichtet worden sein. Fotos würden beweisen, dass Soldaten den zwölfjährigen Sohn des Rebellenführers Velupillai Prabhakaran, Balachandran, erschossen hätten. Die Fotos zeigten den Jungen in Gefangenschaft in einem Bunker und zwei Stunden später seine Leiche mit fünf Einschusslöchern.

Indien

Viele Tote bei Anschlägen

Bei Bombenanschlägen am 21.02.13 in der zentralindischen Millionenstadt Hyderabad sind mindestens 18 Menschen gestorben und mehr als 50 verletzt worden, viele lebensgefährlich, teilte die Polizei mit. Sie sprach von einem Terroranschlag. Ermittler suchen nach Hinweisen auf einen Zusammenhang mit der Hinrichtung Mohammed Afzal Guls vor zwei Wochen. Gul war wegen eines Angriffs auf das indische Parlament im Jahr 2001 mit 14 Toten zum Tode verurteilt worden. Der Bezirk, in dem sich die Anschläge ereigneten, wird vor allem von Hindus bewohnt. Die Vollstreckung der Todesstrafe an Mohammed Afzal Gul löste Anfang Februar Proteste in der muslimisch geprägten Unruheregion Kaschmir aus.

Kuba

Raúl Castro als Staatschef wiedergewählt

Die am 03.02.13 gewählte Nationalversammlung bestätigte den amtierenden Staatschef Raúl Castro anlässlich ihrer konstituierenden Sitzung am 24.02.13 für weitere fünf Jahre in seinem Amt. Castro kündigte für die kommenden Jahre eine Verfassungsreform an, in der u.a. die Ausübung der höchsten Staatsämter auf zwei Amtsperioden beschränkt und eine Altersgrenze eingeführt werden soll. Zudem werde mit einer „allmählichen und geordneten“ Übergabe der Staatsführung an jüngere Generationen begonnen. Mit den Maßnahmen sei keine grundlegende Änderung des sozialistischen Systems verbunden. Der 81-jährige Castro erklärte, er selbst werde 2018 in den Ruhestand treten.